

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 13

Artikel: Der Amtseid auf Eva
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095104>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Amtseid auf Eva

Die lateinamerikanische Uebersicht von Alphonse Max

In Argentinien hat man sich redlich Mühe gegeben, den zurückgekehrten Peron mit dem Volksgepränge einer grossen nationalen Einigkeit zu empfangen. Aber der siegreiche Peronismus ist eine Sammelbewegung, und es wird sich erst noch herausstellen, welche Kräfte hier siegreich bleiben. Gemeinsam ist den verschiedenen Tendenzen, dass sie alle keine guten Assoziationen erwecken.

Schlagwort «Argentinisierung»

In Buenos Aires gab der neue argentinische Präsident, Hector José Campora, Erklärungen über seine Regierungspläne vor der Auslandspresse ab. Bezüglich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Argentiniens erklärte Perons Strohmann, dass die grossen Unternehmen Europas innerhalb eines genau auszuarbeitenden Prioritätsplanes daran teilhaben dürften, aber mit so viel wie möglich Teilnahme argentinischen Kapitals und argentinischer Techniker. Die Regierung werde aktiv den Bergbau und die Oelförderung vorantreiben; das ausländische Kapital habe sich dabei der Nationalisierung und «Argentinisierung» der Wirtschaft zu beugen und sich den neuen Spielregeln anzupassen. Die grossen ausländischen Oelkonzerne würden in Zukunft eine kleinere Rolle als in der Vergangenheit spielen und sich mit der Kontrolle und Teilhaberschaft des Staates abfinden, entsprechend der Entscheidung der Völker, ihre Bodenschätze selbst zu verwalten. Die Banken würden von nun an nicht mehr und nicht weniger als ein öffentlicher Dienst sein.

Auch der neue Vizepräsident Argentiniens, der ehemalige Konservative Vicente Solano Lima, äusserte sich. Er beschrieb den Peronismus als «nationalen Sozialismus», der dem marxistischen Nationalismus entgegengetreten werde. Von sich selbst erklärte er, dass er schon Peronist gewesen sei, bevor es überhaupt einen Peronismus gab. «Ueber mein Ministerium hatte ich seinerzeit in meiner Provinz eine Aktion eingeleitet, die als peronistisch bezeichnet werden könnte.» Im übrigen sei der Peronismus «revolutionär», aber nicht «links». «Auch heute ist der Peronismus keine Linkspartei, sondern ein politisches Phänomen des linken Zentrums, dem Peron einen revolutionären Charakter verliehen hat.»

Minister, Richter und Parlamentarier sind in Argentinien verpflichtet, bei Amtsantritt einen Eid abzulegen. Sie schwören nach alter Tradition entweder auf die Bibel oder auf die Verfassung. In der Provinz Buenos Aires hat der Vorsitzende des Peronistenblocks FREJULI noch zu einem zusätzlichen Eid aufgefordert: Schwört Ihr für Eure Ehre, für Eva Peron und für die Märtyrer unserer heiligen Sache, General Peron bedingungslos Loyalität zu bewahren, die Vertikalität der nationalen peronistischen Bewegung einzuhalten und die Postulate ihrer Doktrin getreulich zu erfüllen? «Ja, ich schwöre», war die einstimmige Antwort jedes einzelnen Anwesenden. Etwaige historische Assoziationen mit Hitler-Deutschland seien dem Leser überlassen.

Der Beginn der neuen argentinischen Regierung war schlecht. Selbst der grösste Teil des Peronismus zeigte sich alarmiert. Einmal hätten schon die turbulenten Begleitumstände der Regierungs-

übergabe leicht in einem Blutbad enden können. Wäre es den Demonstranten gelungen, das Hauptportal der Casa Rosada (des Regierungsgebäudes) einzudrücken, was nur um ein Haar verhindert werden konnte, so hätten die dahinter wartenden Granaderos sie mit einem Kugelregen empfangen. Vor allem aber zeigte Campora seine Schwäche, indem er unter dem Druck der Strasse vor dem revolutionären Trotzismus kapituliert und die Begnadigung sämtlicher «politischer Häftlinge» verfügte.

Die Machtlücke, die sich an diesem Tag ergab und die von der gut organisierten marxistischen Guerilla blitzschnell ausgenutzt wurde, war jedoch nicht nur Camporas, sondern auch Expräsident Lanusses Schuld. Der Chef der Bundespolizei verliess sein Amt — zweifellos auf Befehl Lanusses — Knall auf Fall, so dass sein Nachfolger seinen Befehlsstand einnehmen musste, noch ehe das Dekret über seine Ernennung unterschrieben war. Lanusse machte den neuen Oberbefehlshaber der Streitkräfte für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich, während dieser ihm die Verantwortung zuschob. (Lanusse war ausser Präsident auch Oberbefehlshaber.)

Die überspielte Amnestie

Die fragliche Unterhaltung zwischen scheidendem und neuem Oberbefehlshaber wurde in solcher Lautstärke geführt, dass Einzelheiten selbst auf den Wandelgängen der Casa Rosada deutlich vernehmbar waren.

Nach einer noch nie erlebten Eskalation von Morden, Entführungen und Erpressungen, deren Urheber sowohl Guerilleros als auch, in kleinerer Masse, Gemeinverbrecher waren, beschloss die neue Regierung wie erwähnt, sämtliche Terroristen zu amnestieren. Hunderte von Mördern und Räufern und Tausende ihrer Helfershelfer wurden an den Gefängnistüren von ihren Kameraden des Terrors empfangen. Bei der verständlichen Einschüchterung der Gefängniswärter gelangten auch viele gewöhnliche Verbrecher in die Freiheit, unter ihnen der internationale Gangsterboss François Chiappe, dessen Auslieferung die USA verlangt hatten. Ein Mitglied des jetzt aufgelösten antisubversiven Sondergerichtes sagte, der neuen Regelung bleibe gar nichts anderes übrig, als Zelle für Zelle der Strafanstalten zu revidieren, um festzustellen, wer zu Recht und wer zu Unrecht sitze. Die vom Parlament beschlossene Amnestie wurde zur Farce.

Natürlich konnte die Campora-Regierung nicht zugeben, dass sie die marxistischen Guerilleros im Gefängnis lassen würde, wenn sie die peronistischen Guerilleros, die sich gleich verhalten hatten, amnestierte. Deswegen sollte der verhält-

nismässig langsame Weg über die ordentliche Gerichtbarkeit beschritten werden. Er hätte gestattet, die ERP-Leute so lange hinter Gittern zu halten, bis man sehen würde, ob sie ihre Drohung wahr machen würden, den Kampf auch gegen die neue Regierung fortzusetzen, wie sie das bereits angekündigt haben. Das ERP durchschaute das Manöver und überrumpelte die Regierung. Es hielt sich auch nicht an die stillschweigende Uebereinkunft, die beiden militärischen Geiseln, die sie entführt hatten, freizulassen.

Der detaillierte Bericht über die ernste Lage, den Peron von seinem Sicherheitsbeauftragten in Argentinien erhielt, rief den allerhöchsten Unwillen in Madrid hervor. Man liest ihn aus den vorsichtigen Formulierungen des an die Peronistische Jugend gerichteten Telex heraus, in dem es heisst, die Vorfälle müssten eine Lehre sein. Peron warnte vor Provokationen durch «Gorillas und Trotzlisten» (Gorillas = putschlustige Offiziere). Gemeint waren wirklich nur die Letzteren.

Bolivien: Was hat Banzer ausser Feinden?

Auch das schon so lange von Guerilleros geplagte Bolivien kommt nicht zur Ruhe. Die Verfolgung der Terroristen geht unaufhörlich weiter. Ein Zusammenstoss zwischen den Regierungskräften und dem sogenannten Nationalen Befreiungsheer ELN endete Mitte Mai mit zwei Toten und zwei Verletzten. Die Toten waren die auch in Deutschland als Terroristin gesuchte

RUSSLAND UND WIR Zeitschrift und Forum

für jeden Russlandinteressenten.

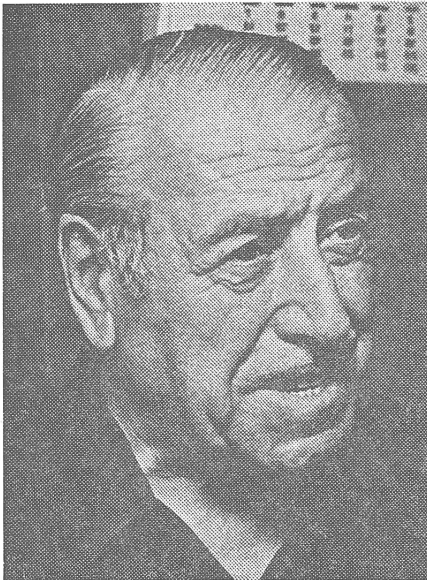
Angesichts der Vielzahl von Ost-Publikationen erfüllt diese Zeitschrift des deutschen Sprachgebiets, die sich ausschliesslich mit Russland bzw. der Sowjetunion beschäftigt, eine besondere Aufgabe.

In Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Körperschaft DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT e. V. für Deutschland, Frankfurt a.M., stehen hervorragende Fachreferenten für alle einschlägigen Gebiete aus Politik, Geschichte, Militär, Religion und Kirche, Wirtschaft, Emigration, Touristik, Wissenschaft und Forschung zur Verfügung. Alle wesentlichen Bücher über und aus Russland bzw. der Sowjetunion werden hier besprochen, Russland-Reisen vermittelt. Eine Sprachchecke dient der Pflege russischer Sprachkenntnisse.

Jahresbezugspreis DM 12,- zuzüglich Versandkosten. Probeexemplare kostenlos.

RUSSLAND UND WIR-VERLAG

638 Bad Homburg v. d. H. 3
Sindlinger Weg 1
Tel. (06172) 2 81 91



Jetzt in Argentinien zusammengekommen: Präsident Campora und sein Mentor Peron.

Monika Ertl und der Argentinier Osvaldo Uca-squi Urval, der im Oktober 1970 in La Paz zwei Studenten ermordet hatte.

Gleichzeitig mit der Bekämpfung der linksextremistischen Terrortätigkeit musste die Regierung des Obersten Hugo Banzer auch die Verschwörung eines ehemaligen Mitarbeiters zerschlagen. Nicht lange nach Banzers Machtübernahme war der Oberst und Ingenieur Andres Selich wegen seiner unpraktikablen Ideen, den Kommunismus in Bolivien zu bekämpfen, bei der Regierung in Ungnade gefallen. Man hatte ihn von seinem Posten als Innenminister entfernt und als Botschafter nach Asuncion abgeschoben. Nach Verlust auch dieses Postens und seinem Ausschluss aus den Streitkräften war Selich nach Argentinien gereist und danach heimlich nach Bolivien zurückgekehrt, um Kontakte zu Regierungsgegnern in verschiedenen Städten aufzunehmen. Bei einem dieser Kontakte zur Ausarbeitung eines Umsturzplanes erfolgte dann seine Verhaftung. Hier hörten jedoch die Probleme des Staatsschefs nicht auf, denn kurz darauf starb Selich, angeblich an den Folgen von Verletzungen, die er sich beim Fall von einer Treppe zugezogen hatte. Der Innenminister Alfredo Arce Carpio ordnete eine Untersuchung an, obwohl er — wie er sagte — alles hätte vertuschen können. Es stellte sich heraus, dass die Ursache von Selichs Tod die schweren Prügel waren, von denen sein Polizeiverhör begleitet worden war. Die an der Regierung teilnehmende Partei Falange Socialista Boliviana verlangte zuerst die Anwendung der Todesstrafe (aufgrund des Staatssicherheitsgesetzes) gegen die drei schuldigen materiellen Urheber und deren Vorgesetzte, die solche brutalen Methoden erlaubten oder anordneten. Die spätere Forderung der Falange, der Präsident müsse den Rücktritt des Innenministers Arce fordern, wurde zunächst abgelehnt, aber schliesslich sah sich Banzer genötigt, Arce seines Amtes zu entheben. Eine der letzten Amtshandlungen Arces war die Abberufung des Chefs der bolivianischen Polizei, Pablo Caballero, den er durch

einen Obersten des Heeres ersetzte. Caballero, der selbst in den Fall Selich verwickelt erschien, hatte versucht, diesen Verdacht auf Arce abzuwälzen. Die von dem ehemaligen Präsidenten Adolfo Siles Salinas geleitete Bewegung «Kommission für Gerechtigkeit und Frieden» verlangte eine radikale Aenderung des gesamten Polizei- und Strafvollzugsystems.

Ein anderer Widersacher General Banzers, diesmal von ultralinks, plant im Ausland den Umsturz. Es handelt sich um General Juan José Torres, den Banzer vor zwei Jahren stürzte. Torres, der im Exil in Chile lebt, war Mitte Mai nach Buenos Aires gereist, angeblich um dem Regierungswechsel beizuwohnen. Er hatte Unterredungen mit einer bedeutenden Anzahl von Linkspersonen und sonstigen Linken der verschiedensten Gruppen Argentinien. Bevor er wieder nach Chile zurückkehrte, richtete er einen Aufruf an «die Arbeiter- und Volksorganisationen, die Bauern, meine Kameraden in der Armee und die im wahren Sinne revolutionären Parteien» und forderte sie auf, «eine grosse Allianz der nationalen Linken» in Lateinamerika zu bilden.

Uruguay: Man geht auf die Barrikaden zur Verteidigung der parlamentarischen Rechte derer, die das Parlament abschaffen werden

Bezüglich Uruguays, der einstigen Schweiz Südamerikas, ist die schwere Krise, die dieses Land zurzeit mitmacht, unter anderem auch das Ergebnis des Tupamaro-Phänomens. Obwohl die Tupamaros im Augenblick militärisch geschlagen sind, geht deren Geist mit ungewohnter Intensität weiter um.

Der parlamentarische Vertreter der Tupamaros (auch so etwas gibt es!), der Senator Enrique René Erro, befand sich in arger Bedrängnis: Präsident Bordaberry hatte die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität verlangt, über die einzig und allein der Senat — mit einer Stimmenmehrheit von zwei Drittel — bestimmen kann. Da jedoch keine für das Begehren des Staatsschefs ausreichende Mehrheit zustande ge-

kommen ist, kann der Präsident theoretisch einen von drei Wegen einschlagen: das Verdikt des Senats akzeptieren, wodurch der Tupamaro-Senator ungeschoren bliebe; ihn trotz der für die Immunitätsaufhebung fehlenden Stimmenmehrheit verhaften lassen, womit er gegen die Verfassung verstossen würde; oder aber das Parlament auflösen, was durchaus sein Prärogativ ist, vorausgesetzt, dass er innerhalb der von der Verfassung für diesen Fall vorgesehenen Frist Neuwahlen ausruft.

Die Stimmung in parlamentarischen Kreisen hat sich wegen der Forderung der Immunitätsentziehung des Senators Erro derart erhitzt, dass es schwerlich zu einem Kompromiss zwischen Exekutive und Legislative kommen kann. Die uruguayischen Parlamentarier wollen ihr Mandat nicht wegen eines Kollegen einbüßen, der keine persönlichen Sympathien geniesst und der eine Strömung vertritt, die alles andere als demokratisch ist, aber sie sehen sich vom Präsidenten, der die uneingeschränkte Unterstützung der Streitkräfte hat, gegen die Wand gedrückt. Sie fürchten, dass ein Nachgeben im Falle Erro einen Präzedenzfall schaffen und à la longue kein Mitglied des Parlaments verschont bleiben würde. So wollen sie es zu einer Kraftprobe mit dem Staatsschef kommen lassen.

Inhaltlich kommt es freilich dazu, dass Parlamentsmitglieder einen Vertreter jener Bewegung verteidigen, die, wenn sie gesiegt hätte, als erstes sämtliche Freiheiten, einschliesslich des freien und souverän gewählten Parlaments, abgeschafft hätte. Der Kraftakt, dessen Vehemenz einer besseren Sache würdig wäre, dürfte in einem Verfassungsdebakel auf Kosten der weiland muster-gültigen uruguayischen Demokratie enden.

Ferner fällt jedem auf, dass die Senatoren die Demokratie aufs Spiel setzen, um einen Kollegen zu verteidigen, über dessen Angehörigkeit zu den Tupamaros keinerlei Zweifel besteht — die pseudo-advokatorischen Winkelzüge, die zu seiner Verteidigung angeführt werden, können über diesen Sachverhalt nicht hinwegtäuschen.

Das ist übrigens nicht allein vom lokalen Gesichtspunkt aus von Bedeutung. Man bedenke die neu entstandene Situation in Argentinien mit der Machtübernahme der Regierung Campora. Wie die Entwicklung der Guerillabewegungen unter den Peronisten auch verlaufen wird — ob deren Tätigkeit von der Regierung gebilligt oder bekämpft wird —, Uruguay wird ein wichtiges Operationsgebiet und Sprungbrett für die argentinischen Freischärler werden. Gravierend wird sich auch der mit Perons Machtübernahme zunehmende arabische Einfluss am Rio de la Plata auswirken. Zahlreiche Algerier, Palästinenser, Jordanier usw. haben sich schon in Argentinien, Uruguay und Südbrasilien niedergelassen. Die diplomatischen Vertretungen der Ostblockstaaten, verstärkt durch die bevorstehende Eröffnung mehrerer ostdeutscher Botschaften, haben in letzter Zeit einen Personalzuwachs erfahren.

All dies wird sich natürlich zum Nachteil sowohl der Sicherheit als auch der sonstigen Entwicklung des La-Plata-Raumes auswirken. Daher die Wichtigkeit des neuesten politischen Skandals in Uruguay. Wenn dieser demokratische und freiheitliche Staat in eine selbstmörderische Toleranz absacken sollte, würde sich das Land sehr bald in den Bruderherd sämtlicher internationaler sozialistischer Bewegungen verwandeln. ■